Das Problem
des Kausalzusammenhangs
im Privatrecht

Freiburg im Breisgau 1956

HANS FERDINAND SCHULZ VERLAG
Freiburger Rektoratsrede am 12. Mai 1956

Druck: Rombach & Co GmbH, Freiburg im Breisgau
Hochansehnliche Festversammlung!


In welchem Zusammenhang treten nun die Probleme des Kausalzusammenhangs im Privatrecht auf? Welches ist das Sachproblem? Es
geht um die Frage der **rechten Begrenzung der Schadensersatzhaftung**. Zum Verständnis der Frage ist es daher vielleicht nützlich, ein paar orientierende Worte über die Haftungsprinzipien vorauszuschicken. Natürlich kann ich das nicht erschöpfen. Sie müssen mir erlauben, die Vertragshaftung heute ganz beiseite zu lassen und mich auf das Delikts- und Haftpflichtrecht zu beschränken. Hier haben wir zwei Haftungsprinzipien. Es sind: die **Verschuldenshaftung und die Gefährdungshaftung**.


Anders liegen die Dinge ausnahmsweise im Gebiet der **Gefährdungshaftung** oder der strict liability, wie die Erfolgschaftung im anglo-amerikanischen Recht im Gegensatz zur Verschuldenshaftung genannt wird. Die Gefährdungshaftung ist ein Kind der modernen technischen Revolution. Die moderne Technik führt zu Unfallgefahren, die durch alle Sorgfalt und alle Vorsichtsmaßnahmen nicht vollkommen ausgeschaltet werden können. Man kann deshalb moderne Fabriken, Eisenbahnen,
Autos usw. nicht verbieten. Aber die Inhaber müssen das Risiko auf sich nehmen. Sind nur die Betriebsangehörigen gefährdet, so greift die Sozialversicherung, die Unfallversicherung ein. Ist das Publikum schlecht hin gefährdet, ohne sich der Gefahr entziehen zu können, wie bei Eisenbahnen, Autos, Hochspannungsleitungen (und in Zukunft Kernreaktoren und dergleichen), so hilft man mit der Gefährdungshaftung. Der Eigentümer oder Unternehmer darf nur Auto fahren oder das mit Gefahren verknüpfte Unternehmen betreiben, wenn er bereit ist, die Haftung auch für unvermeidbare, unverschuldete Unfälle auf sich zu nehmen.

Soviel orientierend über die Haftungsgründe, die Verschuldenshaftung und die Gefährdungshaftung. Und nun zu der Frage, die uns heute beschäftigen soll: wieweit geht nun diese Haftung? Haftet man für alle Folgen, die im Kausalzusammenhang mit dem Haftpflichttatbestand stehen? Oder wo liegen die Grenzen?


Im Gebiet der Verschuldenshaftung könnten die Dinge einfacher liegen. Die Grenze der Haftung wäre leicht zu ziehen, wenn nur für verschuldete Schadensfolgen gehaftet würde, wie es Jhering seinerzeit

Man haftet also auch für unverschuldeten Folgen schuldhafter Handlungen. Und damit ergeben sich für den Haftungsumfang die gleichen Abgrenzungsprobleme, wie wir sie eben bei der Gefährdungshaftung besprochen haben. Wieso schwer es ist, hier die richtigen Grenzen zu ziehen, mag Ihnen zunächst ein Fall zeigen, der kürzlich durch die juristische Fachpresse gegangen ist:


Oder ein anderer Fall, den das Reichsgericht im Jahre 1907 zu entscheiden hatte. Ein erregter Vater gibt jemandem, der sein Kind geschlagen hatte, eine Ohrfeige. Der Geohrfegete fällt zu Boden und ist am selben Tage tot. Muß der Ohrfeigende die Familie des Geschlagenen versorgen, obwohl niemand mit einer solchen Folge rechnen konnte, das ist die Frage.
Oder schließlich der berühmte englische Fall aus dem Jahre 1921, der
dort seither der ganzen deliktsrechtlichen Diskussion sehr erhebliche
Schwierigkeiten macht, der Polemis-Case. Polemis hatte den Dampfer
Thrasyboulos geharzt und darin Petroleum in Kannen verfrachtet.
In einem nordafrikanischen Hafen ließ er die Ladung durch arabische
Hafenarbeiter umstauen. Diese errichteten zunächst an Deck einen
Lattenverschlag und ließen dabei eine Planke in den Laderaum fallen.
Vielleicht war an der Latte irgendwelches Eisen, Nägel oder dergleichen.
Jedenfalls gab es durch den Fall der Latte einen Funken, das
ganze Schiff brannte aus und wurde total vernichtet. Petroleumdämpfe,
die sich gebildet hatten, weil einige Kanister undicht gewesen waren,
waren durch den Funken entzündet worden. Der Court of Appeal hat
den Charterer, der für die von ihm verwendeten Ladearbeiter einstehen
muß, zu Schadensersatz verurteilt. Das Fallenlassen der Latte war
fahrlässig, alles weitere war direkte Folge, nicht etwa too remote; daß
kein Mensch mit solchem Schaden rechnen konnte, entscheidet nicht.

Diese Entscheidung kommt schon beinahe in die Nähe des in Deutsch-
land seiner Zeit nicht zur Entscheidung gekommenen, aber viel disku-
tierten Fall Thomas. Ladearbeiter ließen beim Beladen des Lloyddam-
pfers Mosel eine Kiste mit der Aufschrift „Vorsicht, nicht stürzen“
durch ungeschickte Kranbehandlung an Deck fallen. Das Ergebnis war:
es gab eine Explosion, der ganze Dampfer sank. In der Kiste hatte
nämlich ein gewisser Thomas zwecks Versicherungsbetruges eine Höll-
enmaschine verpackt. Man fragt sich, ob ein englischer Richter in einem
solchen Fall auf Grund des Polemis-Case, der trotz aller Angriffe noch
immer bindendes Präjudiz ist, gezwungen wäre, die Arbeiter zum Scha-
densersatz für den gesunkenen Dampfer zu verurteilen.

Diese Beispiele mögen genügen, um Ihnen Bedeutung und Schwierig-
keit des Problems der richtigen Begrenzung der Schadenshaftung deut-
lisch zu machen.

In allen Rechten gibt es Versuche, eine solche Schadensbegrenzung
vorzunehmen. Man beschränkt die Haftung z. B. auf direkten Schaden,
auf voraussehbaren Schaden, auf proximate causation, oder man stuft
sie nach der Schwere des Verschuldens ab.

Unser deutsches bürgerliches Gesetzbuch hat all diese Beschränkungen
als prinzipwidrig und undurchführbar bewußt verworfen. Das war bis
zum letzten Moment heftig umkämpft. Die Entscheidung fiel erst in
der Reichstagskommission. Nunmehr steht aber das Gesetzbuch auf
dem Standpunkt des Totalersatzes, der sog. réparation intégrale. Nach § 249 BGB muß der Haftpflichtige „den Zustand herstellen, der beste-
hen würde, wenn der zum Ersatz verpflichtende Umstand nicht ein-
getreten wäre.“ Das bedeutet Ersatz jeden Schadens, der im Kausal-
zusammenhang mit dem Haftpflichttatbestand steht.

Aber nun geschah etwas sehr merkwürdiges. Rechtslehre und Praxis
sind über diese Entscheidung des Gesetzgebers einfach hinweggegangen.
Sie haben versucht, die notwendig erscheinende Begrenzung durch Auf-
stellung eines besonderen Begriffs juristischer Kausalität zu erreichen.

Das ist ein Weg der Begrenzung des Haftungsumfanges, den man
auch in anderen Rechten immer wieder zu gehen versucht hat. Auf
einige dieser Versuche muß ich kurz eingehen.

Von Bacons Maxime: „in iure non remota causa sed proxima spec-
tatur“ (rechtlich zählt nur die nächste und nicht eine entferntere Ur-
sache), sprachen wir schon. Aber was ist proximate-causation? Auf zeit-
liche Entfernung oder die Länge der Kausalkette kann nicht abgestellt
werden. Man braucht bloß an die Spätfolgen von Unfällen zu denken
oder an bauliche Konstruktionsfehler, die sich erst nach Jahren aus-
wirken.

Ein weiterer Begrenzungsversuch dieser Art ist der folgende: die
Gerichte der ganzen Welt sprechen gern von „Unterbrechung des Kau-
salzusammenhangs“, wenn das freie vorsätzliche Handeln eines Drit-
ten dazwischentrat. Larenz hat in dem Autobahnfall die Haftung ab-
lehnen wollen, weil das Verhalten der den Mittelstreifen zerstörenden
Fahrer den Kausalzusammenhang unterbrochen habe.

Die amerikanische Judikatur spricht noch allgemeiner von „super-
seding cause“, von „nova causa superveniens“, deren Eingreifen die
Haftung als too remote ausschalten soll. Der häufig gemachte Einwand,
das Eingreifen des Dritten habe den Kausalzusammenhang nicht unter-
brochen sondern überhaupt erst hergestellt, ist freilich leicht abzutun.
Man meint natürlich: Unterbrechung des juristisch relevanten, des juri-
stisch erheblichen Kausalzusammenhangs, Beginn einer neuen geson-
derten Haftungsreihe, und insoweit ist die Ausdrucksweise sicher ganz
anschaulich. Aber sachlich ist das nicht das richtige Kriterium. Hat ein
Büroangestellter abends in der Eile des Nachhausegehens vergessen,
Büro und Geldschränk abzuschließen, und wird nun in der Nacht alles,
was Wert hat, gestohlen, so liegt das dazwischentreßende, freie vorsätzliche Handeln der Diebe durchaus — um mich der amerikanischen Terminologie zu bedienen — „within the risk“, d. h. im Bereich der durch die Pflichtverletzung geschaffenen Gefährdung und ist daher von dem Büroangestellten zu verantworten.

Ich brauche hier nicht einzugehen auf die immer wiederkehrenden Versuche, als haftungsbegründend nur bestimmt geartete Bedingungen anzuerkennen, so etwa die wirksamste Bedingung, die letzte, die das Übergewicht zum Erfolg gebende Bedingung, die Bedingung welche „substantial factor“ für den Erfolg war u. ä. Solche Versuche tauchen zwar immer wieder auf, ganz neuerdings z. B. in England in den jüngsten Untersuchungen zum Kausalzusammenhang, wo vorgeschlagen wird, nur die den normalen Ablauf ändernde Bedingung als haftungsbegründend anzusehen. Die Unmöglichkeit solcher Differenzierung ist jedoch oft genug dargetan.


Die Nachfolger von Kries haben dann leider vielfach diese ratio aus dem Auge verloren und aus seinen Gedanken eine allgemeine Lehre von der juristischen Kausalität machen wollen, die sogar bei Vorteilsausgleichung und ungerecht fertigter Bereicherung Anwendung finden sollte, was absurd ist.
Vor allem aber hat man das Adäquanzurteil, das Urteil also, ob ein Umstand den Schaden generell begünstigt habe, unabhängig von der konkreten Rechtsverletzung allgemeingültig formulieren wollen. Den Juristen unter Ihnen sind die diffizilen Formeln bekannt, zu denen man dabei gelangt ist. Für die geforderte nachträgliche objektive Prognose eines optimalen Beobachters, dem das ganze gegenwärtige Erfahrungswissen zur Verfügung stehen soll, liegt aber so gut wie nichts außerhalb aller Wahrscheinlichkeit.

So ist die Wirkung der von der Rechtsprechung zwar dauernd angewandten Adäquanztheorie im praktischen Ergebnis doch ganz gering geblieben. In der amtlichen Sammlung der Reichsgerichtsentscheidungen sind allein ungefähr ein halbes hundert Urteile veröffentlicht, die sich mit dem adäquaten Kausalzusammenhang beschäftigen. Darunter sind nur vier, in denen die Adäquanz verneint und damit also die Haftung eingeschränkt wird, und mir scheint, daß in allen vier Fällen andere Gründe für die Entscheidung maßgebend waren.

Überblicken wir die Versuche, durch Aufstellung eines besonderen Begriffes juristischer Kausalität der Schadensersatzhaftung vernünftige Grenzen zu ziehen, so müssen dieselben, wie ich glaube, alle als gescheitert angesehen werden.


Das gilt sowohl für das „ob“ einer Haftung wie für ihre Grenzen. Ich spreche zunächst von dem ersten, also von der Frage, ob überhaupt Schadensersatz geschuldet wird.


In einem der wenigen Fälle, in denen das *Reichsgericht* die *Adäquanz verneint hat*, lag es genauso 1). Der Käufer eines Geschäfts war arglistig über dessen Umsatz getäuscht worden. Er verlangte als Schadensersatz auch die Beträge, die ihm ein ungetreuer Angestellter des Geschäfts veruntreut hatte. Wäre er nicht betrügerisch zum Kauf der Firma veranlaßt worden, so wäre ihm auch dieser Schaden nicht entstanden. Das Reichsgericht hat die Schadensersatzklage insoweit mit Recht abgewiesen. Das hat aber nichts mit fehlender Adäquanz zu tun.

---

1) Des leichteren Verständnisses wegen variiere ich den Fall in hier nicht wesentlichen Punkten ein wenig.
Der Schaden liegt außerhalb des Schutzzwecks der verletzten Norm. Es ist ganz ähnlich wie in einem österreichischen Beispiel, wo der Dieb nicht für den Schaden desjenigen haftet, der fristlos entlassen wurde, weil er zu Unrecht in Verdacht geraten war, den Diestahl begangen zu haben.


Das deutsche Recht hat in diesen Fällen den richtigen Gesichtspunkt bereits im Gesetz. Es begrenzt den Schutzzweck der Norm auf den Verletzten und seine Hinterbliebenen, und diese rechtspolitisch notwendige Begrenzung des Risikos menschlicher Handlungen und nicht etwa Fragen der Entfernung des Kausalzusammenhangs sind entscheidend.

Es geht also, wie gerade auch amerikanische Gerichte immer wieder betonen, um die Frage, wem gegenüber eine duty, eine Verpflichtung besteht, wer durch bestimmte Verhaltensnormen, die die Rechtsordnung aufstellt, geschützt werden soll.
Nach diesem Gesichtspunkt ist m. E. auch der Autobahnfall zu entscheiden. Der LKW-Fahrer, der fahrlässig auf seinen Vordermann auffuhr, hat eine Sorgfaltspflicht gegenüber den übrigen Verkehrsteilnehmern verletzt, von der Verletzung einer ihm gegenüber der Bundesstraßenverwaltung obligierenden Pflicht kann man aber nicht sprechen. Der am Grünstreifen der Autobahn entstandene Schaden liegt außerhalb des Schutzbereichs der hier verletzten Pflicht.


Was für das „ob“ eines Schadensersatzanspruches gilt, gilt entsprechend für die praktisch noch wichtigere Frage nach dem Umfang. Auch hier kann nicht nach irgendwelchen Eigenschaften des Kausalzusammenhangs entschieden werden, welche weiteren Tatfolgen dem Täter zuzurechnen sind.

Die angeblich aus Kausalitätserwägungen erfolgenden Einschränkungen des Totalersatzes liegen vielmehr auf der gleichen Ebene wie andere


Unter wieder anderen Gesichtspunkten weicht man vom Prinzip des schematischen Interesseersatzes ab bei der Vorteilsausgleichung. Ob bei Schadenersatz wegen Todes des Ernährens der Erbschaftsanfall, die Auszahlung der Lebens- oder Unfallversicherung, die Witwenpension schadenmindernd anzurechnen sind, kann nicht schematisch aus der Differenzhypothese des subjektiven Interesses und — wie seit langem erkannt ist — auch nicht aus Adäquanzgesichtspunkten beantwortet werden, sondern wie der Bundesgerichtshof es formuliert, allein aus Sinn und Zweck des Schadenersatzes. Das aber ist das Prinzip, nach dem auch die angeblichen Kausalitätsprobleme zu lösen sind.
Es ist also notwendig, auf die ratio der schadenüberwälzenden Norm zurückzugehen. Wir sahen eingangs: wer schuldhafte fremdes Gut verletzt oder fremde Interessen (durch Verstoß gegen ein sog. Schutzgesetz) gefährdet hat, der haftet für alle Folgen, auch die unverschuldeten. Warum eigentlich? Das ist die Frage, die wir beantworten müssen, wenn wir zur rechten Begrenzung solcher Haftung kommen wollen. Man hat sich bei uns darüber, nachdem das Gesetz einmal gegen Jherings Beschränkung auf verschuldete Folgen entschieden hatte, merkwürdig wenig Gedanken gemacht.

In der Rechtsprechung der USA wird die Frage dagegen sehr lebhaft diskutiert. Ein Teil der Entscheidungen will dem unerlaubt Handelnden alle, auch die völlig unvorhersehbaren Folgen aufbürden. Das möge einen leicht Fahrlässigen hart treffen, aber das sei immer noch besser, als wenn der Schaden auf dem ja ganz unschuldigen Verletzten hänge. Das wäre eine privatrechtliche Wiederauferstehung des alten: „Versanti in re illicita imputantur omnia quae sequuntur ex delicto“ („Wer unerlaubt handelt, dem werden alle Folgen zugerechnet, die aus dem Delikt entstehen“).

Demgegenüber steht die doch wohl überwiegende Meinung auf dem Standpunkt, daß der Haftpflichtige nur für solche Tatfolgen haften solle, die „within the risk“, d. h. im Rahmen der pflichtwidrig herbeigeführten Gefährdung liegen. Das beruht auf dem Gedanken, den Welzel bei uns neuerdings wieder besonders betont hat. Der Mensch kann tätige Verantwortung nur dann übernehmen, wenn die Rechtsordnung sein Risiko für mögliche Gefahren nicht überspannt. Außerhalb dieses Rahmens liegende Tatfolgen muß der Betroffene tragen ebenso wie sonstige Zufälle, die ihn heimsuchen.

Schutzvorschriften, also z. B. Verkehrsvorschriften, baupolizeiliche Vorschriften usw., sind zumeist das Ergebnis einer auf langjähriger Erfahrung und Überlegung beruhenden Voraussicht möglicher Gefahren. Lässt man den Verstoß gegen solche Schutzvorschriften genügen, um den Täter auch für solche Folgen verantwortlich zu machen, die er sich im einzelnen nicht ausmalen konnte oder von denen man ihm jedenfalls nicht vorwerfen kann, daß er sie sich nicht ausgemalt hat, dann hat das doch nur dann einen Sinn, wenn es sich um Folgen handelt, die in den Bereich der Gefahren fallen, um derentwillen die Schutzvorschrift erlassen wurde.

Für die Begrenzung der Haftung auf solche Folgen, die im Rahmen der pflichtwidrig herbeigeführten Gefährdung liegen, sind die Gedan-
ken der Adäquanz natürlich wertvoll. Nur wird man die Frage, was im Rahmen solcher Gefährdung liegt, konkret je nach der verletzten Norm zu beantworten haben. Die von den Nachfolgern von v. Kries eingeführten abstrakten Künstlichkeiten einer nachträglichen objektiven Prognose, die ein optimaler Beobachter unter Heranziehung des gesamten derzeitigen Erfahrungswissens der Menschheit vorzunehmen habe, darf man getrost über Bord werfen.

Der Gefahrenbereich läßt sich zudem nicht allein durch Voraussagebarkeits- oder Wahrscheinlichkeitsurteile abgrenzen. Es spielen wichtige andere Momente mit hinein.

Die Grenzen im einzelnen müssen daher in kasuistischer Fortbildung der bisherigen Praxis vorsichtig abgetastet werden.

So kann man fragen, ob der Verletzte es sich nicht zurechnen lassen müsse, wenn der Schaden, so wie er entstanden ist, seine Wurzel im eigenen Lebensbereich des Betroffenen hat. In zwei Gruppen von Fällen ist diese Frage aber klar verneint worden:

1. Wer einen anderen körperlich verletzt, muß — das ist die Auflassung der Gerichte in der ganzen Welt — die Folgen tragen, die sich aus besonders anfälliger oder schwacher Konstitution des Verletzten ergeben, wie Bluteranlage, Tuberkulose, nervöser Labilität, und zwar auch dann, wenn eine normale Ohrfeige völlig unvorhersehbar zum Tode des Verletzten führt.

2. Wenn ein Kind überfahren wird, so kürzt man seinen Schadensersatzanspruch nicht etwa deshalb, weil die Mutter oder die Hausangestellte an dem Unfall mit schuld sind, da sie das Kind von der Hand losgelassen haben.

Niemand denkt daran, die zweite Frage nach Kausalitäts- oder Adäquanzformeln beantworten zu wollen. Aber im ersten Fall sind sie genau so wenig tauglich.

oder Juristen, um bei diesen Beispielen zu bleiben, ja nicht nur von besonders befähigten und zuverlässigen Persönlichkeiten, sondern von Durchschnittsmenschen erfüllt werden müssen, nicht sagen können. Es liegt das auch „within the risk“. Wenn man gleichwohl den Verletzer hier entlasten will, so ist der Gedanke wohl der, daß man vom durchschnittlichen Funktionieren unserer gesellschaftlichen Einrichtungen ausgeht und ihm die Gefahr ihres Versagens nicht in so weitgehendem Maße aufbürden will.


Gegen die Bejahung der Ursächlichkeit durch die Gerichte läßt sich nichts einwenden. Der Jurist arbeitet ständig mit psychisch vermitteltem Kausalität und ein Unterschied zwischen Verursachen und Veranlassen läßt sich nicht machen. Es genügt, wenn der Unfall condicio sine qua non für das Auftreten der Neurose war. Und das ist, wenn die Neurose ohne den Unfall nicht vorhanden und der Betroffene vorher normal arbeitsfähig war, in aller Regel nicht zu bestreiten.

Wenn die Dinge aber nach dem maßgeblichen Urteil des Mediziners so liegen, daß die Neurose nur auftritt, weil die Chance da ist, Haftpflichtansprüche geltend zu machen — und nur von Fällen, in denen es wirklich so liegt, will ich sprechen —, dann ist es in der Tat sinnwidrig, solchen Schaden zu ersetzen. Es besteht dann weder ein schutzwürdiges

Ich darf zusammenfassen:

Ich habe zu zeigen versucht, daß wir in der Rechtswissenschaft keinen besonderen Kausalitätsbegriff brauchen, daß überall da, wo man mit Kausalitätsvorstellungen arbeiten zu müssen glaubt, normative Probleme anderer Art vorliegen, die es aufzudecken gilt, wenn der Weg zu einer sachgerechten Lösung gebahnt werden soll. Man könnte diesen Nachweis ausdehnen auf die Fragen der Vertragshaftung, auf die sog. haftungsbegründende Kausalität und auch auf die vielberufene überholende Kausalität. Auf all dies habe ich hier nicht eingehen können.